

Solidarität



Organ des Verbandes der gewerkschaftlichen Hilfs-
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Pettizeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 37 • 36. Jahrgang

Berlin, den 13. September 1930

Wählt die Partei der Arbeit!

Ein gewaltiges Meer ohne Arbeit und Brot, Lohnabbau in den Schlüsselindustrien, Verschlechterung der Leistungen auf allen Gebieten der sozialen Versicherung und Fürsorge, Milliardenubventionen an Großagrarier, Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel durch Zölle und Massensteuern, fürwahr eine Situation, in der gewissenlose Demagogen ihre verächtlichen Geschäfte machen können. Große Teile des Volkes sind fraglos von einer wahren Verzweiflungsstimmung ergriffen. Wo ist die Macht, die alles wieder zum Besseren wenden kann? Dies ist die Frage, die das Volk beherrscht.

Es widerspräche aller politischen Erfahrung, gäbe es in diesem Augenblick nicht zahlreiche politische Parteien, die dem bedrängten Volke sofortige Befreiung von allen Nöten hoch und heilig versprechen. Wie steht es um die Wahrheit und Ernsthaftigkeit dieser Versprechen? Keine politische Partei, kein Diktator und keine Regierung ist fähig, die Not des Volkes mit einem Schlage zu bannen. Niemand kann uns mit einem Schlage die Absatzmärkte wieder erobern, die wir durch den unseligen Krieg verloren haben. Niemand, am allerwenigsten die Kriegsheer von ehemals und heute, können uns mit einem Federstrich von den Lasten des Versailles Friedensvertrages befreien. Niemand kann uns die Verpflichtung nehmen, jährlich rund 2,5 Milliarden Mark an Kriegerrückstellungen und Kriegsschuldigkeiten zu zahlen. Das alles sind Belastungen für Staat und Wirtschaft, die erst im Laufe langer Zeiträume gemindert werden können. Die Kollegenschaft mag sich die politischen Parteien ansehen, die mit maßlosen Versprechungen um ihre Stimmen werben. Bewachte Lüge, bewußter Betrug überall! Nur eine Partei ist darunter, die nicht mehr verspricht, als sie halten kann. Eine Partei, die ihre Maßnahmen zur Behebung der sozialen Not an den richtigen Stellen ansetzt. Eine Partei, die im Trommelfeuer aller Anfeindungen von rechts und links steht, weil ihre unbeirrbar, stetige Aufbaubarkeit keinen Raum läßt für politische Freibeuter und Schwäger.

Sie soll — so behaupten die Gegner — an allem Elend der Gegenwart schuldig sein. Eine erbärmliche, bewußte Verleumdung! Und es zeugt für die ungeheuerliche Urteilslosigkeit weiter Volkskreise, daß diese Verleumdung überhaupt Glauben findet. Um so mehr ist es Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, mit klühstem Kopfe politische Entscheidungen zu treffen. Denn sonst könnte die politische Entwicklung der nächsten Zukunft sehr leicht Wege einschlagen, die das arbeitende Volk ins Verderben führen.

Worum geht es heute? Wir haben eine Arbeitslosigkeit, die sich zu einer Gefahr für Staat und Wirtschaft auswächst. Sie ist verursacht durch eine Nationalisierung, die die Fabriken mit Maschinen und die Straßen mit Arbeitslosen füllt. Es ist töricht, die Schuld bei der Sozialdemokratie zu suchen. Das Volk hat ihr noch nicht die Macht gegeben, die Herrschaft des Kapitalismus zu brechen. Vorläufig bleibt ihr nur übrig, im Verein mit den Gewerkschaften die sozialen Wunden zu heilen, die solche Nationalisierung schlägt. Eine Tätigkeit, bei der sie von allen Seiten behindert wird. War es nicht eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die gesprengt wurde, weil die Sozialdemokratie unbesugam die Rechte der Arbeitslosen verteidigt hat? Wer den heroischen Kampf der Sozialdemokratie für die Ärmsten unter uns übersehen hat, wer nicht erkannt hat, daß die Sozialdemokratie in diesem geradezu geschichtlichen Kampf allein gestanden hat, verdient mit Entzug des Wahlrechts bestraft zu werden.

Jedoch die Arbeitslosen wollen Arbeit, keine Unterstützung. An dieser Stelle ist wiederholt begründet worden, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. Wo steht rechts von der

Sozialdemokratie eine Partei, die den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie unterstützt? Hier stehen Gewerkschaften und Partei vor einer geschlossenen Phalanx, die jeden Angriff auf die bestehende, wirtschaftlich überholte Arbeitszeit als „sozialistisches Experiment“ zurückweist, obwohl selbst der Überkapitalist Ford erst kürzlich die Verringerung der Arbeitszeit als einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit bezeichnet hat. Das deutsche Unternehmertum macht eben trotz der Arbeitslosigkeit glänzende Profite, wie durch die Kapitalflucht unwiderlegbar bewiesen wird. Arbeitszeitverkürzung würde zwar den Arbeitslosen Arbeit, den Unternehmern aber vorerst geringere Profite bringen. Daraus ergibt sich die Haltung der bürgerlichen Parteien, die ohne Ausnahme finanziell vom Unternehmertum abhängig sind, von selbst.

Wählt mich, rufen auch die Leute, deren Auftraggeber in Moskau sitzen. Sie wollen uns mit einer bolschewistischen Diktatur beglücken, in der die Arbeiterschaft der unantastbaren Befehlsgewalt einer charakterlich höchst fragwürdigen Macheltique unterworfen ist. Haben wir deshalb jahrzehntelang für die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft gekämpft, um uns nun dem Diktator eines Thälmann zu beugen? Sind wir deshalb stolz darauf, daß wir uns in den Gewerkschaften unsere Führer selbst wählen, um uns in der bolschewistischen Diktatur „Führer“ aufzwingen zu lassen, die wir nicht haben wollen? Kämpfen wir deshalb für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, um uns später befehlen zu lassen: mit dem und dem müßt ihr zufrieden sein? Ein wahrer Segen, daß die bolschewistische Diktatur in Deutschland nur eine Angelegenheit der Theorie ist und bleiben wird. Daran werden alle Butsche und Straßenschlägereien nichts ändern, die die Drahtzieher der kommunistischen Partei auch in Zukunft noch inszenieren werden, um die „revolutionären Energien der proletarischen Massen zu wecken“. Die aufgeklärtere Arbeiterschaft bedankt sich dafür, willenloses Versuchsobjekt in den Händen eines verantwortungslosen Maulheldentums zu sein. Sie kennt die leere Demon-

strationspolitik der Kommunisten, für die jedes Wort und jede Handlung, jede Reichstagsrede und jeder Antrag in den Parlamenten der Agitation dienen soll, zu gut, um sich einer Partei auszuliefern, die die Verelendung des Proletariats fördern hilft, weil sie nur so „Barrikadenkämpfer“ zu gewinnen hofft. Obwohl alle Erfahrung beweisen hat, daß leichtfertig angestellter Streiks, willkürlich hervorgerufene Gegenmäße in den Gewerkschaften und gewalttätige Zusammenstöße in den Versammlungen und auf der Straße nichts anderes als Fahnenflucht im Klassenkampf bewirkt haben.

Die Sozialdemokratie ist die einzige und große deutsche Arbeiterpartei, die schlicht und ohne rauchenden Lärm, getreulich und verantwortlich für die Geschicke des arbeitenden Volkes gearbeitet hat. Die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse liegen es nicht zu, daß sie von Erfolg zu Erfolg eilen konnte. Gegen eine zahlenmäßig gewaltige Übermacht steht sie seit Jahren in Verteidigungsstellung. Als einziger Kämpfer steht sie vor der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, vor dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes, vor der gesamten Sozialgesetzgebung, vor den wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten der Arbeiterschaft, vor dem Achtstundentag, vor den Löhnen und wagt den Kampf mit jedem, der diese Errungenschaften angreifen und verschlechtern will. Links von ihr eine Partei, die als Pfahl im Fleische wirkt und die Sozialdemokratie zum Zweifrontenkrieg zwingt, rechts von ihr das gesamte Bürgertum, die soziale Reaktion, die gestützten Mächte der Vergangenheit, die gefaßten Rippen der Straße, der Militarismus des Kaiserreichs. Ein heroischer Kampf, den die zukünftige Geschichtsschreibung preisen wird. Ein Kampf aber, in dem alle Kräfte der Arbeiterschaft gebraucht werden, wenn aus der Verteidigung wieder Angriff werden soll. Stärkt die getreue Sachwalterin des arbeitenden Volkes! Wählt, Kolleginnen und Kollegen! Wählt Sozialdemokraten, wählt die Partei der Arbeit!

Hans Sator.

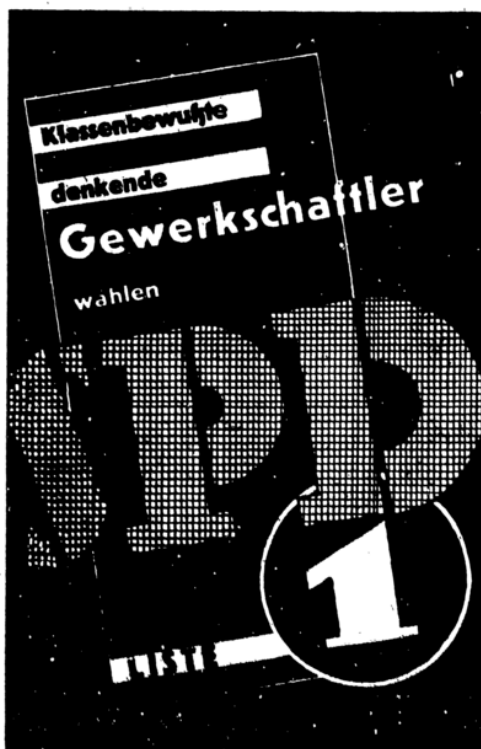
Christliche Neutralität?

Bei einer „Gründungsfeier“ für den Landesverband Mitteldeutschland des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“, ausgehend von den christlichen Gewerkschaften in Halle, referierte Heinrich Imbusch. Die christlichen Gewerkschaften seien politisch neutral, das heiße aber nicht, uninteressiert.

„Keine Neutralität gibt es der marxistischen Sozialdemokratie gegenüber, aber im übrigen lassen wir unseren Mitgliedern vollkommene Freiheit.“

Imbusch stellte dann weiter fest, daß in der Sozialdemokratie die Arbeiterorganisationen stärkste Berücksichtigung fänden. Bei den bürgerlichen Parteien würden dagegen die christlichen Gewerkschaften kaum beachtet, ihr Einfluß sei unbedeutend und unerwünscht.

Wie Imbusch es mit seinem Standpunkt als Gewerkschafter vereinbaren will, den christlichen Mitgliedern zu empfehlen, sich bei der Wahl für die bürgerlichen Parteien zu entscheiden, die die christlichen Gewerkschaften kaum beachten, bei denen sie unerwünscht sind, wird er mit seinem Gewissen abmachen müssen. Wir können den Kolleginnen und Kollegen in den christlichen Gewerkschaften nur raten, mit ihrer Neutralität vor der Sozialdemokratie nicht aufzuhören. Bei dieser Arbeiterpartei werden sie und ihre Bestrebungen gesucht, dort ist ihr Einfluß als Arbeiter erwünscht. Eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstag bietet auch den christlichen Arbeitern sichere Gewähr, daß ihre schwer erkämpften wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechte unangestastet bleiben, ja sogar verstärkt werden. Christliche Kolleginnen und Kollegen, wählt Sozialdemokraten!



Die kommende deutsche Sowjetmacht

Ein kommunistisches Regierungsprogramm

Es gibt auch unter unseren Mitgliedern eine ganze Anzahl, die alles Heil von der kommunistischen Partei erwarten. Sie reden getreulich alles nach, was ihnen von den verschiedenen Zentralen dieser Partei vorgefagt wird. Sie denken leider selten oder nie darüber nach, welchen Gewinn sie als Arbeiter von der politischen Vertretung der Kommunisten haben. Sie glauben eben, und wer ihrem religiösen Gefühl nahetritt, ist ein politisch Ungläubiger und Arbeiterverräter. Wir möchten sie aber dieses eine Mal bitten, den neuesten Wahlauftrag der KPD. zu überdenken, der an nationalsozialistischen Versprechungen kaum zu überbieten ist.

Das Zentralkomitee der KPD. hat ein Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes veröffentlicht, das sie selbst „ein historisches Dokument“ nennt, weil darin zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufgezeigt wurden.

Dieses „historische Dokument“ bedeutet nicht nur einen neuen Knick in der Parteilinie, wobei Erfahrungsgemäß mancher KPD.-Mann aus der Kurve fallen wird, sondern es ist der bisher größte Programmschwindel zur Reichstagswahl.

Das Kernstück des neuen Programms sind die folgenden Sätze:

„Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailles Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.“

Hitler wird vorgeworfen, daß er „Südtirol an Mussolini verraten habe“. Nur die Kommunisten kämpfen gegen die „territoriale Zerreißung Deutschlands“, und nur sie werden „denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern“.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt zu diesem Programm unter der Überschrift „Kommunistische Geistesdiebe“:

„Der Wahlkampf scheint den Kommunisten nicht den gewünschten Erfolg zu versprechen. Man kann daher die Beobachtung machen, daß die KPD. planmäßig nationalsozialistische Parolen stiehlt und für sich verwendet.“

Die Jugendbergspreß, die etwas schwerer von Verstand ist, glaubt dagegen an die Aufrichtigkeit der Erklärung und freut sich darüber, daß auch „für den vornehmsten Teil der deutschen Arbeiterschaft die Zeit vorüber sei, wo man mit dem nationalen Volksgefühl Schindluder treiben dürfe“.

Wir wollen den Kommunisten gerne glauben, daß sie ihr neuestes Programm selbst nicht ernst nehmen, auch wenn sie in Fettdruck erklären: „Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden.“ Wir wollen nur erwähnen, was Lenin in seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ über Phrasen dieser Art sagt:

„Einer der unabweisbarsten Fehler der Radikalen in Deutschland ist ihr gerabilliges Bestehen auf die Nichtanerkennung des Versailles Friedens. Je entschlossener und unbedingter diese Ansicht formuliert wird, desto weniger klug wirkt sie. Man muß verstehen, daß eine Taktik von Grund aus falsch ist, die für Sowjetdeutschland die Verpflichtung, für eine gewisse Zeit den Versailles Frieden anzuerkennen und sich ihm zu fügen, nicht zuläßt.“

Was kann das Zentralkomitee veranlassen, nationalsozialistische Phrasen zu dreschen, deren Hohlheit es hoffentlich selbst einseht? Doch nur die Tatsache, daß man unter Kleinbürgerlich-nationalistischen Schichten Wähler angeln und daß man das Abwandern von den Kommunisten zu den Nationalsozialisten verhindern will. Die Berührungsfäche zwischen den radikalsten Parteien ist größer, als es vielfach angenommen wird. Die Sozialdemokratische Partei braucht nicht zu fürchten, daß ihre Wähler zu den Nationalsozialisten laufen. Selbstverständlich ist es, daß in dem neuen kommunistischen Programm die SPD. nicht vergessen wurde. Diesmal wird ihr Mangel an Nationalismus vorgeworfen:

„Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Erzgrünke und Zörgel sind nicht nur die Hentersrechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und politischen Imperialismus. Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzt Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.“

Wir sind von den Kommunisten ein beträchtliches Maß von Demagogie gewöhnt. Auch ihr neuestes „historisches Dokument“ ist nur als ein demagogischer Trick zu werten, und zwar als ein — von ihrem Standpunkt gesehen — sehr schlechter Trick. Die nationale Aufmachung wird der nationalsozialistischen Konkurrenz nicht gefährlich werden, sie wird aber manchem Arbeiter die Augen öffnen über die Phrasenhaftigkeit der kommunistischen Politik.

Im Programm des Exekutiv Ausschusses der kommunistischen Internationale wird behauptet, daß der kommunistische Endsiege erst nach einer Reihe von Weltkriegen errungen werden könnte, wobei es auf einen mehr oder weniger anscheinend nicht ankommt. Das Programm des Zentralkomitees der KPD. aber erklärt vor den Wertsittigen Deutschlands: „Ist das heutige Deutschland wehrlos, so wird Sowjetdeutschland keine Überfälle ausländischer Imperialisten zu fürchten haben.“ Man darf eben den deutschen nationalsozialistischen Kleinbürger, der diesmal nach der Absicht des Zentralkomitees kommunistisch werden soll, nicht erschrecken. Außerdem handelt es sich ja gar nicht um die Einführung des Sowjetsystems durch die Macht des Stimmzettels, sondern erst um den Gewinn von einigen Mandaten.

Die soziale Befreiung kommt im Programm etwas zu kurz, aber dafür wird sie ausgiebig: „Der Siebenstundentag, die viertägige Arbeitswoche, höhere Löhne, Beseitigung der Erwerbslosigkeit, Sicherstellung der Sozialversicherung auf Kosten des Staats — das alles wird laut Programm nicht nur versprochen, sondern auch unbedingt gehalten und am Tag der Macht ergreifung verwirklicht. Wer's wagt, kommt in den kommunistischen Himmel, den wir in Sowjetrußland haben.“

„Du sollst nicht lügen!“

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 16/1930 bringt nach einer zustimmenden Vorbemerkung einen Auszug aus der christlichen Metallarbeiterzeitung, der von unglaublicher politischer Blindheit aus Haß gegen die Sozialdemokratie zeugt. Der Verfasser stellt fest, die Sozialdemokratie habe seit den Wahlen zum ersten Reichstag im Jahre 1920 „stets die Klinke der Regierungstür in der Hand gehalten, um zu verduften, wenn die Situation brenzlig wurde“. Er zählt dann die Jahre 1920 bis 1930 mit Ausnahme der Jahre 1921, 1923 und 1929 auf, um zu sagen, die Sozialdemokratie habe sich immer „gedrückt“, oder „abseits gehalten“, oder „sich tapfer im Hintergrund gehalten“, wenn es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen. Vom Jahre 1930 registriert dieser angenehme Kronzeuge christlicher Wahrheitsliebe zum Beispiel:

„1930. Als die wirtschaftliche Krise riesengroß angewachsen war, als der Staatsbankrott vor der Tür stand, drei Millionen Arbeitslose da waren, schlug sich die Sozialdemokratie unter nichtigen Vorwänden wieder seitwärts in die Büsche und überließ das Handeln dem Kabinett Brüning. Die letzte „Tat“ der Sozialisten war das Treiben zur Reichstagsauflösung... usw.“

Bei dieser christlich-weltanschaulichen und tiefgründigen Darstellung der schwerenden schweren wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die auf politischem Kampfgebiet zur Reichstagsauflösung führten, ist dem Verfasser die Erinnerung an das Gebot „Du sollst nicht lügen“ vollständig geschwunden. Oder ist ihm bis heute noch nichts davon bekannt geworden, daß nicht die sozialdemokratischen, sondern die bürgerlichen Minister „sich seitwärts in die Büsche schlugen“ und das Kabinett Hermann Müller stürzten? Sie hätten ihr eigenes sozialpolitisches Kompromiß mit den sozialdemokratischen Ministern nach dem bekannten Vorsig-Brief fallen lassen, weil Einigkeit bei ihnen darüber herbeigeführt war, eine Neuordnung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gegen die Sozialdemokratie und die von ihr vertretenen gewerkschaftlichen Interessen durchzuführen.

Wählt Sozialdemokraten!



Der Wähler wird nur dann gequält, wenn er den Quäler selbst gewählt!

Wer daran zweifelt, daß hinter den bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zum rechten Flügel des aufgelösten Reichstages, die wirtschaftlichen Gegner der Gewerkschaften, das reaktionäre Unternehmertum, stehen, der sei noch einmal auf die Denkschriften der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und des Handwerksbundes und anderes hingewiesen. Die sozialpolitischen Forderungen dieser Gruppen der Industrie- und Handelsunternehmer sind zu einem wesentlichen Teil durch das Kabinett Brüning-Steinweg erfüllt worden. Diese beiden prominenten Vertreter des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben als Minister und Vertreter ihrer Partei im Interessenstreit zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschafts- und Unternehmerinteressen stets zugunsten der letzteren den Ausschlag gegeben.

Einer aus dem Interessentenhaufen

Herr Emil Köster, „Präsident“ des Deutschen Gastwirtsverbandes, ist in Schleswig-Holstein Spitzenkandidat auf der Liste der Wirtschaftspartei. Er gehörte bereits dem letzten Reichstag an. Wie sehr diesem Volksvertreter das allgemeine Wohl am Herzen lag, zeigte er bei der Beratung des Gaststättengesetzes in wirklich überzeugender Weise. Er setzte sich dafür ein, daß ein Verbot, an Betrunkene Alkohol zu verabreichen, nicht in das Gesetz hineinkäme; er wollte nicht, daß bei der Erteilung einer Konzession die moralische und soziale Einstellung des Gastwirts geprüft werde; er wünschte die völlige Abschaffung der Polizeistunde für den Ausschank und für Tanzvergnügungen. Die letztere Forderung begründete er damit, es sei bedenklich, das junge Volk nachts um 12 Uhr in die dunkle Nacht hinauszujaßen, aber nachher sei die Gefahr nicht mehr so groß; denn um 5 oder 6 Uhr morgens — nach durchstanzter Nacht — sehe das kleine Mädchen nicht mehr so verführerisch aus. — Wer zweifelt daran, daß Herr Köster nur aus heißer Liebe zur Jugend und zum Volk unbegrenzte Freiheiten für das Gastwirtsgerwerbe verlangt?!

Für den, der es noch nicht weiß

Die Rechnung der „D. N. Z.“

Wenn bei der Reichstagswahl die Kommunisten den Sozialdemokraten zehn Mandate abnehmen, ist der Bürgerblock außer aller Gefahr; nimmt die Sozialdemokratie den Kommunisten zehn Mandate ab, hat Brüning sein Spiel verloren, ist eine Regierung unter maßgeblichem Einfluß der Sozialdemokratie nicht mehr abzuwenden.

(Aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.)

Eine Frage, die kein Kommunist beantworten kann

Wenn wir Sozialdemokraten nun einmal verstedte Kapitalistenrechte sind, warum bekämpfen uns alle bürgerlichen Parteien so leidenschaftlich? Warum hassen sie uns mehr als selbst die Kommunisten?

Wo Feind — wo Freund?

Die Sozialdemokratie bleibt der Feind... Wahl? Es gibt doch überhaupt keine Wahl. Man ist für die Sozialdemokratie, oder man ist gegen sie... Der bürgerliche nationale Mensch hat in diesem Wahlkampf nur einen wirklichen Feind: die Sozialdemokratie... Die marxistische Sozialdemokratie ist der Feind. (Hulsting in Hugenbergs „Total-Anzeiger“.)

Wer ist also der wirkliche Feind der Reaktion, wen fürchten die heutigen Machtgeber? Nur die Sozialdemokratie! Keine andere Partei.

Darum wählt Liste 1!

Wie sah der letzte Reichstag aus?

	Stimmen	Reichstags-sitze*
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	9 146 165	152
Deutschnationale Volkspartei	4 703 265	78
Zentrum	3 711 122	61
Deutsche Volkspartei	2 677 861	45
Kommunistische Partei Deutschlands	3 262 584	54
Demokratische Partei	1 503 779	25
Bayerische Volkspartei	943 572	17
Deutsche Wirtschaftspartei	1 395 599	23
Nationalsozialistische Partei	809 541	12
Deutsche Bauernpartei	479 521	8
Chr.-Kat. Bauern- und Landvolkpartei	582 512	9
Deutschnationale Partei	194 268	4
Volkstreuepartei	482 165	2

Welches war aber die allergrößte Partei? Die der Nichtwähler. Sie zählt über 10 Millionen Stimmberechtigter, davon sicher mehr als die Hälfte Frauen, die, wie wir in der letzten Nummer der „Solidarität“ zeigen konnten, bei der Wahl stark die reaktionären Parteien unterstützt haben. An den Frauen wird es auch diesmal liegen; wie sie stimmen, ist sehr erheblich für die Zusammenfassung des Reichstages. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen wählen Sozialdemokraten.

* Einige Splitterparteien sind nicht aufgeführt.

Die ungleichen Brüder

(Eine moderne Fabel von Laefz.)

Ein reicher Fürst hatte vier Söhne. Den einen bevorzugte er besonders, er hielt ihn für seiner ebenbürtig. Den zweiten hatte er ebenfalls lieb, er überhäufte ihn mit besonderen Liebesgaben, hohen Orden und eintäglichen Ämtern. Dem dritten, den er weniger liebte, gab er aber immerhin die Mittel zu einem angenehmen Leben. Den vierten jedoch, einen Stiefsohn, behandelte er stiefväterlich. Für den hatte er nur Verachtung übrig, er überbürdete ihn mit schwerer Fron und entwürdigte ihn zum Leibeigenen seiner Brüder. Und die Brüder betrachteten ihn ebenfalls als unwürdiges Familienmitglied und behandelten ihn verächtlich, obwohl dieser Stiefsohn mit seinen starken, durch Arbeit gestählten Armen ihren Reichtum mehren und sich selber kaum satt essen konnte.

Da geschah es, daß des Fürsten Land vom Feinde hart bedroht wurde. Es kam zum Krieg, zu dessen Ausbruch der Fürst selbst und die von ihm bevorzugten Söhne durch allerlei leichtfertige Drohungen und böse, ungeschickte und unüberlegte Handlungen ihr unredlich Teil beigetragen hatten, obwohl der verachtete Stiefsohn oft genug gewarnt und zur Vernunft geraten. Aber seine Stimme galt ja diesen Verleumdern und überbes Besetzungstragen nichts. Als dann der Krieg das Land in arge Gefahr gebracht, da erinnerte sich der Fürst auch des bisher verachteten Stiefsohns, er erkannte ihn ebenfalls als rechten Sohn an und forderte ihn auf, das Land gegen den Feind zu schützen. Der Stiefsohn griff zu den Waffen. Noch mehr, er erwies sich als der getreueste Sohn, er kämpfte unter Entbehrung und Einsatz seines Lebens für das Land, das ihm bisher nur Dornen und Dornen geboten, während seine Brüder sich vor dem Kampf zu drücken suchten und mit ihren Wäulen schwelgten und prästen auf Kosten der großen Not im Land umringten Vaterlande.

Der Feinde waren zu viele. Sie und der Hunger im belagerten Lande wurden trotz tapferer Gegenwehr Sieger. Der Fürst stieß zumlos und schmachbedeckt ins Ausland. Und seine von ihm bisher bevorzugten Söhne vertriehen sich gleich stummen Hunden in verlorene Winkel. Jedoch der Stiefsohn suchte dem schwergeprüften Lande was möglich war zu retten. Er suchte wieder Ordnung zu bringen in das zerrüttete und ausgehungerte Land. Und er suchte ein Land zu errichten des Rechts und der Gerechtigkeit.

Aber mittlerweile war ihm noch ein Bruder erstanden. Auch er stammte aus einer verachteten Seitenlinie des Geschlechts. Er war ein Kriegskind, noch klein und jungenshaft, von nieberer Stirn, jedoch mit großem Maul und harten Fäusten versehen. Der zankte mit dem großen Bruder umher, erklärte alles, was dieser zu schaffen sich mühte, für dumm und falsch; er gebracht Hüte und Hinterlist und seine harten Fäuste, um seine seinem kleinen Gehirne entsprossenen unjünglichen Gedanken zu verwickeln.

Das Land hatte wider vom Streit der ungleichen Brüder, obwohl sie eigentlich das gleiche wollten und nur in der Wahl der Mittel zur Erreichung des Zieles voneinander abwichen. So vergeudet sie im Bruderkampf kostbare Kraft. Und obwohl auf beiden Seiten der großen Bruders die vorausschauende Vernunft und deshalb die größere Gefolgschaft war, fand auch der kleine Anhänger. Die waren gleich ihm politische Rinder und folgten daher lieber dem großen Maul als dem kleinen Verstand. Sie sahen die durch die Kriegsjahre und eine falsche Wirtschaftsführung erzeugte Not, machten aber nicht die Urheber des Krieges, sondern unfruchtbarerweise den großen Bruder dafür verantwortlich.

Da witterten die drei in versteckten Winkeln hofenden und einft vom Fürsten bevorzugten Brüder Morgenluft. Sie trugen hervor, ihr alter Haß gegen den Stiefsohn stammte wieder auf und vereinte sich mit dem Genuß und Gefolge des kleinen Bruders. Sie bliesen eifrig in das Feuer des Bruderkrieges und verlangten wieder ihre früheren Vorrechte. Sie verlangten wieder zu schwelgen und zu saulenzen auf Kosten des Stiefsohns; natürlich verlangten sie auch den gleichen Tribut vom kleinen Bruder mit der niedrigen Stirn und dem großen Maul.

Da erschien die Landesmutter Germania auf dem Plan. Sie meinte es gut mit dem fleißigen Stiefsohn und auch mit dem ungeratenen Kleinen. Eine Mutter liebt oft mißratene Kinder am meisten. Und sie nahm die beiden her und schloß sie in ein abgelegenes Zimmer mit der Weisung, sich zu einigen über die gleichen Mittel zur Erreichung des gleichen Zieles. Denn sie war der früher bevorzugten Söhne überdrüssig, sie hatte erkannt, daß sie der böse Fluch des Landes gewesen. Sie hatte begriffen, wenn der Stiefsohn und der ungeratene Kleine sich nicht einigen, daß dann wieder das alte Unrecht triumphierte, und das hatte sie satt. Von dem ehemaligen Fürsten hatte sie sich längst getrennt.

Jedoch schon nach einer Viertelstunde erscholl aus dem Zimmer, in das Mutter Germania die ungleichen Brüder gesperrt, ein mörderisches Geschrei. Sie eilte hinzu, öffnete die Tür und fand den Jüngeren am Boden liegen und strampelnd schreien, nur sein Wille gelte, nur sein Wille müsse durchgeführt werden. Dabei stieß er mit den Beinen nach dem großen Bruder, spuckte nach ihm, schimpfte ihn Verräter und stieß sich die harten Fäuste blutig an den umstürzenden Tisch und Stühlen.

Mutter Germania half dem Kleinen wieder auf die Füße und suchte ihm gut zuzureden. Aber er wollte davon nichts wissen und drang säufelnd auf den Bruder ein. Da wurde Mutter Germania ernstlich böse. Sie packte den Kleinen am langen Haarhock und beutelte ihn unter scharfen Ermahnungen tüchtig durch wie eine erkrankte Mutter ein unartiges Kind.

Da verschieb sich der Kleine sofort ruhig. Mutter Germania vermutete deshalb, dem Kleinen beginne der Verstand zu wachsen. Sie achtete nicht, daß er sich nur ihrer überlegenen Kraft fügte; denn Mutter Germania hatte trotz ihrer Wohlgeleiteten Willkür und ihres verben Bestandes auch gewisse Einsichten.

Voller Hoffnung sperrte Mutter Germania nach einigen Tagen die beiden wieder in jenes kleine Zimmer mit der Weisung, sich endlich mit Verstand und Güte über den Weg zum Ziel einig zu werden.

Ah, wie wurde die gute Frau enttäuscht! Der Ausgang war noch schlimmer als zuvor. Schon nach zehn Minuten hörte Mutter Germania wieder das große Geschrei des Kleinen, und als sie herbeieilte, sah sie, wie gerade der Kleine mit einem Stuhl auf seinen großen Bruder einfiel, was dieser mit tüchtiger Ruhe abwehrte. Und dabei warf der

WAHLKAMPF

Der Kampf beginnt, an den Säulen prangen Plakate, es gilt Proleten zu fangen. In Wort und Bild, in Straßen und Gassen Man buhlt überall um die Gunst der Massen.

Schon oftmals ging dieser Kampf hart auf hart; Doch diesmal ist er ganz anderer Art. Es geht um mehr als um Konkurrenz, Es geht um alles, — um die Existenz, Es geht darum, wer die Lasten trägt, Die der Youngplan dem Volke auferlegt. Darum wehe uns, wenn wir unterliegen, Ihr Brüder der Arbeit, wir müssen siegen! Wer das Volk will von seinen Lasten befreien, Muß der SPD. seine Stimme leihen!

Seht euch hinweg über alle Bedenken, Ihr dürft eure Stimme nicht verschenken An Phrasendrescher mit tönenden Worten, Die Reklame machen an allen Orten. Es ist ja so leicht, die Verhehung der Massen, Weit schwerer ist es, die Tat sprechen lassen. Darum, ihr Brüder, laßt alle Phrasen, Wenn jetzt zum Sammeln wird geblasen. Verbreitet es überall in der Runde: „Wählt Liste 1“, das Gebot der Stunde!

Willi Gorsboth.

Kleinem dem Bruder die häßlichsten Schimpfworte an den Kopf, auf seiner niedrigen Stirn perlten dicke Schweißtropfen und sein Gesicht war purpurn angefaulen.

Mutter Germania machte kurzen Prozeß. Sie packte den Kleinen bei den Ohren und schüttelte ihn kräftig, dann setzte sie ihn herb auf einen Stuhl. Sie sah sehr ernst aus: ihre schöne hohe Stirn erschien von harten Kummerfalten durchfurcht.

„Geht von nun ab jeder seine eigenen Wege!“ So rief sie den beiden zu. „Marshiert getrennt, bekämpft euch weiter und helfst damit wieder das frühere Unrecht in den Sattel. Der Kleine will es ja nicht anders! Das aber, Kleiner, merke dir: Wer erst a n muß bei dem Werke sein! Die harten Fäuste und das große Maul machen es nicht. Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren schaffst du das Bessere! Nur die echte Erkenntnis und geäußertes Wissen sind die hell-leuchtenden Fackeln, die dem Lande Erleuchtung und Erlösung bringen. Was die Faust schafft, ist roh, unzulänglich und vergänglich. Nur was der tüchtige Verstand, gestützt auf wahre Erkenntnis, gebiert, hat Zukunftswert und Ewigkeitsbestand. Du, Kleiner, du arbeitest mit deinem unvernünftigen Trost nur euren Gegnern in die Hände. Die freuen sich diebisch und lachen höhnisch über eure Uneinigkeit. In deiner Blindheit siehst dich zu diesen euren wahren Feind überhaupt nicht mehr. Du bekämpfst den Bruder, der das gleiche erstrebt wie du, mit den erbärmlichen Mitteln der Lüge, Verleumdung und Gewalt. Die Welt aber erobert nur der, der die Wahrheit liebt, die Einigkeit fördert, und bei dem sich tüchtiger Verstand mit wahrer Erkenntnis paart!“

Die beiden gingen. Mutter Germania aber verhüllte ihr Haupt und weinte bitterlich. Jedoch die Feinde der ungleichen Brüder fühlten ihre Macht wachsen, sie wurden immer frecher und begehrlicher. Und sie werden sich erst dann wieder in ihre verlorenen Winkel verziehen, wenn dieser sinnlose Bruderkampf höherer Einigkeit gewichen ist und Einigkeit und Einheitswille die Enterten beherrscht. Ist es der Fluch jeder Freiheitsbewegung, daß sie scheitert an der Unwissenheit und Uneinigkeit der um ihre Freiheit kämpfenden?

Einkneifen trauert Mutter Germania. Sie trauert ob der Blindwütigkeit, die den einheitlichen Kampf der Enterten behindert und damit jeden Freiheitskampf unmöglich macht; sie trauert um das Land, in dem das böse Unkraut des Bruderkrieges wächst und die Zukunftssonne der Erlösung verdundelt. Aber sie hofft. Sie hofft, daß aus Haß und Bruderkampf liebende Eintracht erblühe und das Menschenrecht zum Siege verhilft über das Jahrtausende alte Unrecht, künstlich genährt und gequält von den Gewalthabern aller Zeiten und ihren Trabanten.

Der Wehrsport

Aus dem Verlag des „Wahnerkreises“, Berlin SW 61, erschienenen Buch „Wehrsport“ von Fritz Widlunda. (Preis 4,80 Mk. für Mailänder Sonderpreis.)

Rationell betriebene Leibesübungen sind für die Erhaltung der Wehrfähigkeit von größter Bedeutung. Sie können — das ist ebenso erwiesen — die militärische Ausbildung erheblich abkürzen, besonders dann, wenn aller überflüssiger Drill weggeläßt. Darüber hinaus kann aber auch der Sport selbst zu einem militärischen Faktor gemacht werden, wenn er darauf besonders zugeschnitten wird. Dabei ist zunächst unerheblich, welche Absichten mit dieser Art Sport verfolgt werden, denn es handelt sich bei unserer Untersuchung zunächst nur um die technische Seite der Frage. Eine Erweiterung dieses Problems empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil wehrsportliche Bestrebungen von den verschiedensten Seiten begünstigt werden. Besonders die sogenannten Kampfsportarten verfolgen mit der sportlichen Betätigung politische Nebenabsichten, das selbe ist auch bei der Gegenseite der Fall. Proletarische Schutzverbände haben unbefristet den Zweck, den gleichartigen bürgerlichen Gebilden ein Paroli zu bieten. Der Republikanische Schutzbund in Österreich, Belgien, Lettland usw. und neuerdings auch

das deutsche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold pflegen den Wehrsport zum Schutze der Republik. Günstigerweise wenden diese Verbände dabei keine spezifisch militärischen Methoden an, sondern beschränken sich im wesentlichen darauf, leichteste Sport zu treiben, um ihre Mitglieder körperlich zu stärken und gewandt zu machen und die Sinne zu schärfen. Dazu gehört auch ein Mindestmaß von Ordnungsbewegungen, die keinen körperbildenden Wert haben. Soweit kann man die wehrsportlichen Bestrebungen nur begrüßen, denn sie führen zu manchen jungen Menschen dem für ihn nützlichsten Sport zu, wofür er den Weg sonst nie gefunden hätte. Solange nicht aus dieser Bewegung die Gefahr einer Verzerrung des sportlichen Gedankens erwächst, kann man sie also gutheißen. Die Arbeiterportler billigen und unterstützen grundsätzlich alle Bestrebungen, die dem Schutze der Republik dienen.

Der Pazifismus. Soweit es sich hierbei um ein politisches Problem handelt, kann es an dieser Stelle nicht besprochen werden. Der Sport als Diener der Körperbildung und Hochziehung der menschlichen Rasse ist das natürliche Gegenprinzip gegen den Krieg, der die Menschverwilderung, wenn auch nicht bezweckt, so doch praktisch zur notwendigen Folge hat. Der Sportler muß also Gegner des Krieges sein. Der bürgerliche Sportler ist es vielfach nicht, wenn er auch die alte Militärform der Volkssport nicht mehr besitzt. Der Nationalist wird aber deshalb noch nicht zum Anhänger der Wehrverehrung, weil er zufällig Sportler ist. Dagegen wird der Sozialist, wenn er ein rechter Sportler ist, um so mehr den Krieg hassen, je mehr er von dem hohen Wert wahren Menschentums überzeugt ist. Hier liegt eine der starken Quellen des Arbeiterportentums. Der bürgerliche Sport steht noch tief in der alten Ideologie der gemeinsamen Auseinandersetzung zwischen den Völkern. Die Jugend wird in dieser Ideologie erzogen. Demgegenüber steht der Arbeiterport ganz bewußt auf dem Boden der Wehrverehrung und der Abtötung des Krieges als eines Überbleibels der Barbarei. Er ist deshalb international und unterbärtig zu den Gegnern der ehemals feindlichen Länder besonders herzliche Beziehungen.

Der Arbeiterportler muß Gegner jedes stehenden Heeres und damit auch der allgemeinen Wehrpflicht sein. Solange die kapitalistische Klassengesellschaft besteht, solange die Kulturänderung den Wehrzwang haben wird es Kriege geben. Der Arbeiterport aber soll von Anfang an in den Dienst der internationalen Verständigung gestellt werden. Gerade er ist berufen, die Arbeiterjugend der Kulturänderung zusammenzuführen und ihr die Plattform für einen Weltkampf zu geben, der nicht die barbarische Vernichtung des Lebens bedeutet. Die modernen Olympiaden haben nur dann einen Sinn, wenn sie endlich in den Dienst einer solchen Verständigung gestellt werden. Das kann bisher nur von der Ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. mit Recht behauptet werden.

Da jede Vorbereitung für den Krieg — wie überhaupt die ganze Kriegesmentalität — abgelehnt werden muß, ist auch der Wehrsport nur ein notwendiges Übel. Ein Lebensrecht kann er nur solange haben, wie noch die Gefahren für die Freiheit — insbesondere der Arbeiterklasse — innen und außen vorhanden sind. Krieg und Sport sind ihrem Wesen nach feindliche Elemente.

Ein merkwürdiges Dokument

Von Gotthard Brodt.

In Warschau wird noch heute ein Dokument verwahrt, das in seiner Art wohl einzig dastehet. Es stammt aus dem 16. Jahrhundert und enthält die in 25 Paragraphen zerfallenen Artikel eines „Mädchengesetzes“, das von dem polen König Ladislaus VI. einberufenen Ständeversammlung von den weiblichen Delegierten Polens und Litauens vorgelegt wurde.

Diese Delegierten waren Frauen, die mußten, was sie wollten, und gleich auch Gänge gingen. So forderten sie unter anderem Beschränkung der Geschlechtsarten und staatlich anerkannten Freirecht für junge Mädchen. Diese sollten danach Heiratsanträge stellen und sich, unabhängig von jedermann, genau so wie die jungen Männer ihren künftigen Gatten wählen dürfen. Dem Staat wurde dabei die Pflicht auferlegt, sich darum zu kümmern, daß nur Menschen, die im Charakter und Temperament zueinander passen, eine Ehe eingehen.

Alle jungen Leute, die das dreißigste Lebensjahr erreicht haben, sind ohne weiteres nach § 14 des Mädchenrechts heiratspflichtig und unterliegen dem Heiratszwang.

Frauen über 40 Jahre ist vom Augenblick der Genehmigung des Mädchenrechts an jede neue Heirat untersagt. Und damit nun auch die minderbemittelten jungen Mädchen in die Lage kommen, etwas zur Erhöhung ihrer körperlichen Kräfte zu tun, so verlangt ein Paragraph die Aufhebung der Steuer für Toilettenartikel und ihre bedeutende Verbilligung.

Ferner wird verlangt, daß — da die damaligen polnischen Berufsstände nicht heiraten durften — ins Her künftig nur häßliche Männer mit körperlichen Fehlern und schwacher Willenskraft eingestellt werden. Der polnische Staat würde dadurch — wie es in der Erläuterung hierzu heißt — nicht nur einen starken, kräftigen, gesunden und schönen Nachwuchs haben und dadurch an Nutzen und Achtung gewinnen, sondern er würde auch gleichzeitig seine willensschwachen, zu ordentlichen Berufen kaum tauglichen, ebenso wie seine körperlich fehlerhaften Untertanen nutzbringend verwenden und versorgen.

Die polnischen Damen waren, wie man sieht, sehr klug, obwohl sie sicherlich noch nichts von jenen Gelehrten mußten die heute die böseste Bücher über Eugenik schreiben. Daß sie dabei auch ein wenig egoistisch dachten, soll ihnen verziehen sein.

In den weiteren Paragraphen des Mädchenrechts wird dann noch verlangt, daß den verheirateten Frauen gesetzlich das Recht zurkannt werde, während der ersten zehn Jahre ihrer Ehen Välle und öffentliche Veranstaltungen jeder Art auch gegen den Willen ihrer Männer zu besuchen, sich im Handel zu betätigen, allein zu reisen und sich überall so zu benehmen, wie es die Männer auch tun.

Das war, wenn man die Zeit bedenkt, in der diese Anträge gestellt wurden, aberhand; denn manche von ihnen muten uns noch heute sehr modern, wenn nicht gar übermodern an. Kein Wunder also, daß die Antragsteller damals von der Ständeversammlung ausgelacht wurden, und daß man das Mädchenrecht, ohne sich weiter damit zu beschäftigen, zu den Akten legte.

25 Jahre Zahlstelle Augsburg

Am 29. Juli 1930 bestand die Zahlstelle Augsburg 25 Jahre. Der Versuch zur Gründung wurde zwar schon einige Jahre früher unternommen, leider aber ohne dauernden Erfolg. Zum zweitenmal unternahm der damalige Gauleiter, Kollege Albert Schmid (München), den Versuch, der diesmal glückte. Seine treiflichen Ausführungen überzeugten alle Anwesenden.

Löhne für Steinschleifer von 17 M., für Anlegerinnen von 8,50 M. und für Bogensängerinnen von 7,50 M. waren damals Höchstlöhne bei zehnständiger Arbeitszeit. Unternehmerterror, Kanzel und Weichstuhl wollten dieser Gründung wieder den Garaus machen, und wohl selten hatte eine Zahlstelle so unter Kinderkrankheiten zu leiden wie gerade Augsburg. Wiederholt wurde der Gauleiter gerufen, um einen Zerfall zu verhindern.

Die erste Lohnbewegung bei der Firma Ferdinand Burger hatte einen sehr guten Erfolg, so daß das Vertrauen zum Verband immer größer wurde. Die Einführung der Allgemeinen Bestimmungen im Buchdruckgewerbe brachten zwar keine Lohnzulagen, immerhin aber wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert, denn damals mußte das Hilfspersonal im allgemeinen eine Stunde pro Tag länger arbeiten als die Gehilfen. Eine spätere Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe war ebenfalls von Erfolg. Nachdem die Kolleginnen und Kollegen ihre Zulagen in der Tasche hatten, traten sie wieder aus, um von neuem mußte wieder eingeseht werden, um das kleine Häuflein zu überzeugen, daß nur durch Einigkeit und Geschlossenheit Verbesserungen erzielt werden können. Erst als der richtige Mann am richtigen Platz war, gelang es die bisher bestandene Uneinigkeit auszumergen, zum Vorteil der gesamten Kollegenschaft.

Nun kam der unglückliche Krieg, der fast alle Kollegen zum Heeresdienst zwang. Den Gründungsmitgliedern, Kollegen Georg Bart und Kaver Bogenhard, war es zu danken, daß die Zahlstelle nicht wieder zum Erliegen kam. Der verlorenen Krieg und die damit verbundene Staatsumwälzung öffneten so manchem die Augen. Die Indifferenten fanden den Weg zum Verband, und ein Streik im Buchdruckgewerbe zwang die Unternehmer, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Damit hat die Augsburger Kollegenschaft ebenfalls dazu beigetragen, den zur Zeit bestehenden Reichsstarifvertrag für das Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal mit vorzubereiten.

In letzter Zeit wurde im Steindruckgewerbe wiederholt der Versuch unternommen, die Löhne abzubauen, doch blieb es dank der Geschlossenheit der Augsburger Kollegenschaft lediglich bloß beim Versuch.

Ganz besonderer Dank sei an dieser Stelle den noch vorhandenen Gründungsmitgliedern, Kollegen Georg Bart und Kaver Bogenhard, gewidmet. Kollege Bart war nicht nur lange Jahre Kassierer mit mühseliger Kassenführung, sondern er leitete während des Krieges die Zahlstelle als Vorsitzender mit gutem Geschick. Kollege Bogenhard ist seit der Gründung der Zahlstelle Verwaltungsratsmitglied und wiederholt als Vorsitzender und Kassierer, wenn Not am Mann war, eingesprungen. Seinem klugen Rat und seinen praktischen Erfahrungen ist es mit zu danken, daß wir in Augsburg diesen Aufstieg genommen haben.

Die gegenwärtige Führung ist in guten Händen und gibt uns die Hoffnung, das Erungene nicht nur zu halten, sondern noch weiter auszubauen. Unsere junge Generation aber soll aus den Erfahrungen der Alten lernen; es war schwerer damals als heute: große Opfer mußten gebracht werden, damit sie den Tariflohn mühelos in die Hand nehmen können. An unserem Nachwuchs liegt es, ob uns die Zukunft auch weiterhin Erfolge bringt.

Aus den Zahlstellen

Frankfurt a. M. Wahlkampf ist Gewerkschafts-lamp! Unter dieser Parole stand auch die Mitgliederversammlung vom 4. September. Das Thema „Die Abbaumaßnahmen in der Sozialversicherung“ behandelte der bisherige Reichstagsabgeordnete Franz Weg in großer Form. Von den Beratungen zur Sanierung des Reichshaushalts, unter besonderer Kennzeichnung der Stellungnahme der SPD., ausgehend, erörterte er die Maßnahmen, die zur Reichstagsauflösung führten, und die mit dem Artikel 48 erlassenen Notverordnungen in das rechte Licht zu rufen. Stillsitz, Kopfsteuern, Vermögenssteuer wurden nur zusammenhangshalber erwähnt. In praktischen Zahlenbeispielen schilderte er die Auswirkung der von den Reaktionsären abgeänderten Paragraphen der Arbeitslosenversicherung. Abgesehen von der Beitragserhöhung bedeuten die Herausnahme der Jugendlichen, Verlängerung der Sperrfristen, Suspendierung der Anwartschaftszeiten, Verschönerung der Unterhaltungsklassen usw. vielfache Verschlechterung, so daß die Arbeiterklasse gar nicht stark genug den Kampf gegen diesen bürgerlich-reaktionären Angriff führen könne. Beschlüssig der Krankenversicherung ist es eine ebenso große Kultur-schande, daß den Armen der Armen Maßnahmen praktiziert werden, die sie auf das Totenbett zwingen. Eingedenk solcher Sanktionsweise ist es höchste Pflicht zur Selbsthaltung des Proletariats, der reaktionären aller Regierungen am 14. September die ihr gebührende Rechnung zu erteilen!

Der überstarke Beifall zeigte, daß den Versammelten aus dem Herzen gesprochen wurde, und sich auch erkennen, daß sich der Einzelne seiner hohen Aufgabe bewußt ist. Bei dem Ernst der Dinge wurde von einer Disziplin abgesehen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten und Entgegennahme des Kassenberichts vom zweiten Quartal richtete Kollege Kals einen feurigen Appell an die Mitgliedschaft, der bezugnehmend auf die fürderhin zu bewahren. Wenn die Franzfurter sowie die gesamte graphische Hilfsarbeiterchaft am 14. September ihr Wort spricht, dann gehört der Sieg der Sozialdemokratie! Der Gewerkschaftsstampf erhält dadurch neue, erhöhte Kraft, die unseren Zielen den Weg nur ebenen kann. Es wäre dringend zu wünschen, daß der außergewöhnlich gute Versammlungsbesuch für die Folgezeit erhalten bliebe.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 27. August 1930 im Gewerkschaftshaus. Im Zeichen des Wahlschlusses stand der Referat des Genossen Brest: Die Stellung der Gewerkschaften zum 14. September. Genosse Brest begann sein Referat mit der Klarstellung, daß die bürgerlichen Parteien sich mit allen Kräften der Arbeiterklasse gegenüberstellen. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie, im Wirtschaftsleben weitblickend zu sein und Regelungen mit den Feindbündnisparten zu treffen (Dawesplan, Arbeitsandrängung sowie Verhandlungen über die Räumung des Saargebietes) sind bis heute die Erfolge. Nach einer Ausrufung des 1. Scholz von der Volkspartei werden nach dem 14. September alle bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften härtesten Kampf anjagen. Die Auferlegung der Steuerlasten auf die arbeitende Bevölkerung ist das Ergebnis der Brüning-Regierung. Artikel 157, 165 usw. der Verfassung sind grundlegende Bestimmungen, die schon Voraussetzungen sind, klar zu sehen, wie es wird, wenn von der Brüning-Regierung weitere Streichungen und Veränderungen vorgenommen werden. Trotz der großen Arbeitslosigkeit ist die Auslandsproduktion im Deutschen Reich so gesteigert, daß sie fast 50 Prozent in den letzten zwei Jahren ausmacht. Es ist nicht gleichgültig, ob und wie die Arbeitnehmerschaft innerhalb oder außerhalb der Regierung steht. Die Konsumvereinssteuer z. B. ist einer der härtesten Schläge, die gegen die Verbraucher geübt worden sind. In klaren Umriß zeigte Genosse Brest, wie unsere Freunde von links es verstehen, mit unwahren Argumenten heranzuziehen. An Hand von Beispielen brachte Genosse Brest diesen Freunden bei, daß es unmöglich ist, ihnen in ihren Forderungen, z. B. Anschluß an Sowjetrußland, militärisch, wirtschaftlich und politisch Recht zu geben. Zum Schluß gab Genosse Brest den Kollegen und Kolleginnen die Richtlinie: Wir als freie Gewerkschaftler beschreiten nur den geraden Weg der Sozialdemokratie am 14. September. In der Debatte wurden vom Kollegen Plett aus bürgerlichen Zeitungen Angriffe gegen den Arbeitsminister Wiffel verlesen. Weitere Angriffe gegen die Sozialdemokratie wurden zum größten Teil abgelesen von Schriften, die eigens zu diesem Wahlkampf von seiner Partei zur Verfügung stehen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Im Schlußwort wendete sich Genosse Brest gegen die Ablehnung und Ausführungen des Kollegen Plett. Starke Beifall lohnte den Genossen Brest für seine klaren Ausführungen. Zu Punkt 2: Die Quartalsabrechnungen liegen gedruckt vor, es wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum Punkt 3 teilte Kollege Selge mit, daß am Mittwoch, dem 3. Oktober 1930, eine Funktionärsversammlung stattfindet, in welcher Genosse Selgen ein Referat halten wird. Nach nochmaligem Appell jeder tue am 14. September seine Pflicht — schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Rundschau

Gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung. In einer Schrift „Gegen das z. z. s. l. i. c. h. e. R. e. i. c. h. s. w. o. h. n. u. n. g. s. b. a. u. p. r. o. g. r. a. m.“ nehmen Stadtbaurat Bruno Laut, der Erbauer der bekannten „Gehag“-Siedlungen in Berlin, und auch ein baugewerblicher Stellung gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung. Sie schreiben u. a.: Das Reichswohnungsprogramm erweckt in der für die einzelnen Typen vorgegebenen Bettenzahl den Eindruck, als ob keine Überbelegung der Wohnungen eintreten könnte. Die Wohnungsgrößen von 32 bis 40 Quadratmeter sind nur für zwei Betten, die von 40 bis 50 Quadratmeter nur für drei Betten und die von 45 bis 55 Quadratmeter nur für vier Betten bestimmt. Wenn man einem jungen Ehepaar den Familien-nachwuchs sofort belohnen könnte, indem man es in den nächst größeren Typ unquartiert, so wäre alles gut; doch der nächst größere Typ kostet die nächst höhere Miete, und in unserer Welt ist „Kinderlegen“, wirtschaftlich gesprochen, zu einem Euphemismus, d. h. beschönigten Ausdruck geworden. Das Reichsarbeitsministerium in der Stimme des Herrn Ministerialrat Dr. Wölz dagegen scheint sich die Sache so leicht nicht vorzustellen. Nach ihm „greift das Reich nur da ein, wo man die bedürftigsten Kreise, namentlich Familien mit Kinder, bedenklich“. Danach würde also in den vorgegebenen Betten mehr als eine Person schlafen müssen, womit in der Tat das Richtige getroffen ist. Die „bedürftigsten Kreise“ würden also die Bettentot aus einer alten Wohnung in eine neue verpflanzen, die durch diese Belegungsweise nach kurzer Zeit nicht weniger verwohnt sein wird. Da die Verkleinerung der Räume aber das Reinigen und den Kampf gegen das Ungeziefer bedeutend erschwert, so wird die neue Wohnung trotz besserer Bloßaufteilung und Grundriganlage aufs reichste den verwohnten Zustand alter Wohnungen einholen. Man bedenklich, daß das Reichswohnungsprogramm Wohnräume von einer Größe nicht nur zuläßt, sondern sogar fordert, die mit 6 Quadratmeter nichts anderes als Justhauszellen darstellten. Für den Bewohner einer Kleinstwohnung wird die Grenze dessen, was „des Menschen nicht mehr würdig“ ist, wo man von einem „Lohd“ sprechen muß, schon mit etwa 12 Quadratmeter nach unten überschritten. Müß man doch damit rechnen, daß gerade bei diesen Schichten auch in den allerkleinsten Räumen zwei bis drei Personen leben werden! Die Reichsregierung hat sich bisher darauf beschränkt, mit dem zulässigsten Wohnungsbauprogramm eine Mischentung durch eine sozialpolitisch nicht zu rechtfertigende Senkung des Wohnungsstandards für die nicht zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten zu erreichen, die auf Grund ihrer bisherigen finanziellen Leistungen für den Wohnungsbau (Hauszinssteuer!) ein Recht auf gesunde und billige Wohnungen haben. Das Übel der hohen Neubauten muß bei den Ursachen, den zu hohen Baukosten und Zinskosten, kuriert werden, nicht aber durch untragbare Verkleinerung und Vereinfachung der

Wohnungen. Die Baukostenreduzierung durch sozial nicht vertretbare Verschlechterung der Wohnungsvorrichtung soll den Aufbau der sozialen Wohnungspolitik, die verstärkte Spannungsnahme der Hauszinssteuermittel für Verwaltungszwecke ermöglichen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben mehrfach praktische Vorschläge (Zinsjahresplan der Wohnungswirtschaft; Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für den Wohnungsbau; Befähigung der Bauhofstarstelle; Zinsentzug) gemacht, die wesentlich billigere Neubauten als bisher und trotzdem gesunde Arbeiterwohnungen gewährleisten.

Eine Werbestunde des „Bürgerkreises“. Der „Bürgerkreis“ wird gleichzeitig nach den Reichstagswahlen bis in die Zeit vor dem Weichstagsfest eine besondere Werbestunde entfalten. Es gilt, weitest Freizeite innerhalb und außerhalb unserer Partei für den Gedanken des sozialistischen Aufbruches zu gewinnen. Der Vormarsch der proletarischen Literatur bildet eine bedeutende Etappe auf dem Wege geistiger Befreiung aus dem Geßtrüpp bürgerlicher Weltanschauung. Über den politischen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse will, muß auch für die Förderung der sozialistischen Literatur eintreten. In diesem Sinne wird der „Bürgerkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, mit Unterstützung seiner eigenen Zahlstellen, der Parteibuchhandlungen, durch geeignete Propaganda die Zeit zwischen Reichstagswahlen und Weichstagsfesten für eine erhöhte Werbestunde ausnützen.

Von der Volkshochschule Romburg. Der Winterkursus der Volkshochschule Romburg bei Schwablich Hall dauert von Anfang November 1930 bis Ende Februar 1931 mit kurzer Weichstagsunterbrechung. Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Biologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen. Alter: mindestens 18 Jahre. Kosten: 250 M. für den Kursus, Unterkunft und Verpflegung unbegriffen. Eine Anzahl von Teils- und Vollfreistellen steht zur Verfügung. Meldung: Arbeiter und Angestellte, die bedürftigst werden wollen, sollten möglichst bis Anfang Oktober ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Darlegung ihrer geistigen Interessen einreichen.

Literatur

„Geschichte der Juristen, Richter und Wittenmachers.“ Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin W 90, Neue Wollstraße 14. Verfasser: Heinrich Lange (Leipzig) und Albert Nege (Berlin). Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund-Verband hat sich der Verband der Richter seit dem Jahre 1924 verstanden. Nachdem der Deutsche Gewerkschaftsbund-Verband vorher eine Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung herausgegeben hatte, ist nunmehr auch in seinem Verlage die „Geschichte der Richter, Wittenmachers und Wittenmachers Deutschlands“ erschienen. Das Richterhandwerk ist ein der ältesten im Berufe, und es liegt deshalb umfangreiches, interessantes und historisches Material vor. Das 312 Seiten umfassende Buch ist reichlich mit gelungen und folgt für Mitglieder 5 M., im Unaband 10 M.

Das Schlußwort an das Nationalpolitische Problem. Von Dr. Adam Hüner, Farmstadt. Schriftreihe des Heimatverbandes Deutsche Volk Nr. 2. Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H., Berlin S. 10.

„Soziale Hauswirtschaft.“ Herausgeber: Verband sozialer Arbeiter. Berlin S. 14, Finkenstraße 6. Monatlich eine Seite. Preis: 3 Pf. Einzelheft 1 Pf. Preis der einzelnen Nummer 50 Pf.

Am Mittwoch, dem 27. August, verstarb plötzlich und unerwartet unser treues Mitglied

Wilhelm Rechetweg

(i. Fa. Haenschel Buchdrucker)

im 58. Lebensjahre. Als Vorsitzender des Betriebsrates genöß er das Vertrauen nicht nur der Belegschaft, sondern der Kollegenschaft überhaupt. Sein kollegiales Verhalten wird uns stets als Vorbild dienen. Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Die Zahlstelle Magdeburg.

Am Sonntag, dem 31. August, verstarb unser lieber Kollege, der Hilfsarbeiter

Karl Sidemeier

(i. Fa. Mollig & Co.)

im Alter von 32 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Zahlstelle Hannover.

Am 5. Juli 1930 verstarb nach langer Krankheit im Krankenhaus St. Georg unsere Kollegin

Selma Kuhne

(i. Fa. C. G. Röder)

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Am 5. September 1930 verstarb unser Kollege

Willy Albrecht

(i. Fa. Haag Druggin)

im blühenden Alter von 21 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt den Verstorbenen

Die Zahlstelle Leipzig.

Unserm lieben Kollegen Gerson Sprengnieder und Gemahlin zu der am 6. September stattgefundenen Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Düsseldorf.

Unserm treuen Kollegen Hans Ernst und seiner jungen Gattin zur Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zahlstelle Hildesheim.

Für die Woche vom 7. September bis 13. September ist die Beitragsmarke in das 37. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte Charlottenburg, Weichstagsstraße 10. Fernruf: Amt Reichs 1328. — Berlin: O. Ebdach Charlottenburg, F. und F. Buchdruckverlag GmBH. Berlin SW 61, Dreißendstraße 6.